

# Budower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz

Budower Bade- u. Verkehrsanzeiger

Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Botenlohn in Sudow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,25 R.-M. einschließlich Bestellgeld. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Sirch, Budow, Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Sirch, Budow (Märkische Schweiz), Königstraße Nr. 4

Ämliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Budow, sowie für die Gemeinden Waldsiedersdorf, Bellersdorf, Hasenhof usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, Illustr., Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 93

Dienstag, den 1. August 1933

38. Jahrgang

## Neues in Kürze

Das württembergische Kultusministerium hat angeordnet, daß Schüler und Schülerinnen den Lehrern und Lehrerinnen in der Schule künftig den Hitlergruß zu erwidern haben, der von den Lehrern in gleicher Weise erwidert wird.

Der italienische Ministerpräsident erklärte, er sei einer der ersten gewesen, die der Welt die Ungerechtigkeit des Vertrages von Trianon verkündet hätten, der die ungarische Nation verstümmelte.

Im Ruhrgebiet konnte wieder eine Geheimorganisation der NSD. aufgedeckt werden, die die Zerschlagung der NSD. zum Ziele hatte.

## Halbjahresbilanz

Von der Revolution zur Evolution. — Verfassungsbau im neuen Staat.

Vor sechs Monaten hat der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, die Leitung der Reichsregierung übernommen. Ein halbes Jahr nationalsozialistischer Regierungstätigkeit liegt hinter Deutschland. Der Zeitabschnitt, so kurz er ist, gibt Anlaß zu einer Rückschau auf das Bisherige. Und diese Rückschau muß zu positiven Ergebnissen und zu freimütiger Anerkennung führen. In diesen sechs Monaten ist nicht nur in schnellem Zeitmaß und mit erstaunlicher Zielsicherheit die Position erobert worden, die das Ziel des zuvor oppositionellen Nationalsozialismus war, nach Beendigung dieses revolutionären Vorgangs hat die Periode des Ausbaues, der Evolution in nicht minder vorwärtsdrängendem Tempo und mit nicht geringerer Klarheit der Zielkenntnis begonnen.

Dieses Ziel ist hoch gesteckt, und seine Erfüllung braucht Zeit. Aber das Entscheidende ist die Sicherung des Wegs und die klare Planung des Vorwärtsschreitens, und für beides scheitern die Erkenntnisse und Erfahrungen dieser sechs Monate Gewähr zu geben. Die Revolution ist genau so, wie es der Nationalsozialismus durch den Mund seines Führers immer wieder verkündigte, „legat“, durchaus in den verfassungsmäßig möglichen Bahnen zum Siege geführt worden, und das Zukunftverheißende an ihr ist, daß über den Umsturz unheilbarer äußerer Zustände hinaus eine Revolutionierung des deutschen Menschen gelungen ist, die erst recht die Kräfte frei zu machen vermag, mit denen allein der Aufbau und Ausbau eines neuen Deutschland zu schaffen ist.

Dieser Aufbau und Ausbau wird, wenn man die Leidenschaftlichkeit und Eigenwilligkeit der an die Herrschaft gelangten Richtung bedenkt, mit einer Planmäßigkeit und Rationalisierung der Aufgaben in Angriff genommen und gefördert, die von Selbstvertrauen und unerschütterlichem Glauben an die eigene Mission und an die Zukunft des Volkes zeugen. Das Dritte Reich schafft sich seine neue Verfassung nicht so, daß es die unbrauchbar gewordenen Verfassung von Weimar beiseite wirft, und an die Stelle eines Erinnerungsaufens die umfassende Planung eines Neubaus setzt, sondern sie läßt das Alte zunächst in Funktion, nachdem sie ihm die Zügel ihres Willens angelegt hat, und sie tut das Neue Stück für Stück und setzt es dann an die gehörige Stelle. Dieser schrittweise Neubau der Verfassung verläuft sich gleichwohl in einem Zeitmaß, das für gründliche Vorbereitung und für sichere Erkenntnis der zweckmäßigen Reihenfolge zeugt. Der Neubau begann, wenn man von wichtigen, aber mehr formalen Vorgängen absteht, Ende März mit dem Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, dem Ermächtigungsgesetz für die autoritäre Regierung, das den überlebten Parlamentarismus zurückdrängte und die Staatsführung in den Händen der Regierung zusammenfaßte. Der zweite Schritt, eine Leitung von solcher Tragweite, daß sie auch ablehnend absetzende Kreise aufhorchen und ihre Haltung revidieren ließ, war das Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, das am letzten Tag des März verkündet wurde, und das vollendete, was selbst Bismarck, behindert durch die Unvollständigkeit dynastischer Rücksichten, nicht vermocht hatte. Die Vertiefung dieser befreienden Tat brachte dann das Reichsstatthaltergesetz bereits eine Woche später, indem es die verfassungsrechtlichen Sicherungen für die Gleichschaltung schuf. Auch in anderen gesetzlichen Bestimmungen, so in dem gleichzeitig mit dem Statthaltergesetz verkündeten Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen hat das neue Verhältnis zwischen Reich und Ländern Ausdruck und Vertiefung erfahren. Vor allen Dingen aber ist im Zuge dieser Entwicklung das seit Weimar völlig verfahren Problem Reich-Preußen in befriedigender Weise gelöst worden, aus einer Gegnerschaft ist eine Verbundenheit geworden, die der inneren Stärkung des Reiches ganz besonders wertvoll ist. Die Entwicklung des Verhältnisses der Länder zum Reich ist damit nach keineswegs abgeschlossen, aber die zu erhoffende politische Flurbereinigung hinsichtlich der Kleinststaaten ist im Zuge und wird zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden.

Nicht minder entscheidende Schritte sind auf dem anderen großen Wege getan, der die Herausarbeitung des

Führergedankens und die Gestaltung der Gefolgschaft zum Ziele hat. Dem Reichsführungs- und Reichsstatthaltergesetz ist das Gesetz über den Preussischen Staatsrat und die Provinzialräte gefolgt, in dem die Verschmelzung von Staat und politischer Körperschaft ihren entscheidenden Ausdruck gefunden hat. Die Frage der Gefolgschaft erhält ihre Richtung in den Gesetzen über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, über die Fragen der Staatsangehörigkeit, über die Neubildung von Parteien und schließlich in dem Gesetz über die Volksabstimmung, das auf neuem Wege die Mitwirkung des Volkes an der Gestaltung der deutschen Zukunft regelt.

Dieser zusammengebrängte Ueberblick zeigt die Leistung von sechs Monaten. Er zeigt, wie der Weg in ein neues Deutschland eingeschlossen und kraftvoll beschritten wurde, und er berechtigt zu dem Glauben, daß die Führer auf diesem Weg ihr Ziel unbeirrt und unermüdet anstreben.

## Mussolinis Dank an Göring

Berlin, 1. August.

Auf das Glückwunschtelegramm des preussischen Ministerpräsidenten Göring an den italienischen Regierungschef Mussolini ist folgende Antwort eingegangen:

„Unter den vielen Glückwünschen, die mir zu meinem fünfzigsten Geburtstag aus Deutschland zugegangen sind, sind mir die Eurer Ergeltung mit unter den willkommensten. Ich erinnere mich in diesem Augenblick an unsere Zukunft in Rom und die lebhaften Bemühungen Eurer Ergeltung um die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und unseren beiden Regierungen, die mir zusammen für deren Macht und den Frieden aller Völker arbeiten wollen. Ich bitte Eure Ergeltung, an meine Wertschätzung und Freundschaft zu glauben. Mussolini.“

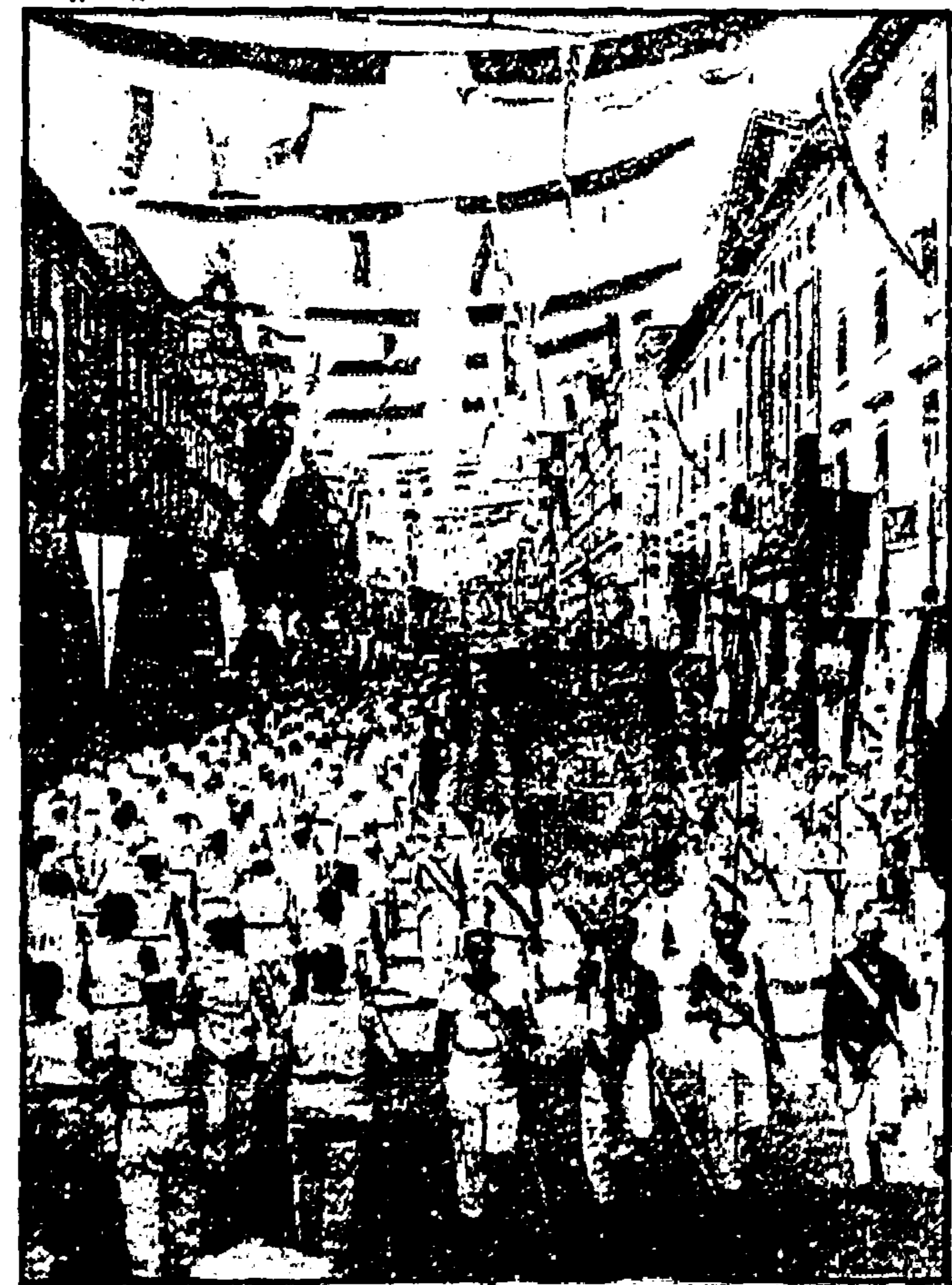
## Das Arbeitspendengesetz

Bekanntgabe der Durchführungsbestimmungen.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Reichardt gibt nunmehr den Wortlaut der Durchführungsverordnung zum Arbeitspendengesetz bekannt. Die Durchführungsverordnung umfaßt nicht weniger als 64 Paragraphen und gibt in übersichtlicher Weise, mit Beispielen, alle Möglichkeiten der Beteiligung an der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit bekannt.

Ueber die bereits in der Öffentlichkeit ausführlich erörterten Einzelheiten hinaus ist aus der Durchführungsverordnung noch hervorzuheben, daß Werte, die als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit hingegen werden, nicht zurückgefordert werden können. Auch ist der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten ausgeschlossen.

Die Länder können vom Reich Entschädigung oder sonstigen Ausgleich nicht verlangen, sofern dem Spender ein Anspruch auf Ermäßigung der Landesgrundsteuer eingeräumt wird. Von erheblicher Bedeutung ist die Verfügung, wonach in den Fällen in denen Körperschaften, Personenvereinigungen, Verbände, Gesellschaften, Gemeinschaften, An-



Der Stuttgarter Turnertanzzug.

Einen der Höhepunkte des Deutschen Turnfestes bildete der große Festzug, in dem etwa 150 000 Turner marschierten.

stalten, Stiftungen und andere Vermögensmassen ihr Vermögen usw. nur zu genau bestimmten Zwecken, z. B. nur zu jagungsgemäßen Zwecken, verwenden dürfen, diese Einschränkung nicht hindert, daß aus dem Vermögen usw. freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit geleistet wird. Eine solche Spende gilt als eine zu jagungsmäßigen Zwecken geleistete Ausgabe.

## Arbeitsdienst ist Dienst am Volke

Hindenburg und Dr. Goebbels über die Bedeutung des Arbeitsdienstes.

Die Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst“ ist jetzt zum ersten Male als amtliches Organ der Reichsleitung für den Arbeitsdienst erschienen. Reichspräsident von Hindenburg und Reichsminister Dr. Goebbels haben der Zeitschrift aus diesem Anlaß kurze Beleitworte gewidmet. Der Reichspräsident schreibt:

„Arbeitsdienst ist Dienst am Volke. Nur durch treue Pflichterfüllung eines jeden an seiner Stelle können wir den Wiederaufstieg des Vaterlandes erreichen. Möge jeder Angehörige des Arbeitsdienstes alles daran setzen, daß die Hoffnungen und Möglichkeiten, die der Arbeitsdienst in sich birgt, Wirklichkeit werden.“

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels führt aus: Der Gedanke des Arbeitsdienstes ist von jeher ein Bestandteil des nationalsozialistischen Weltens gewesen, weil nirgends besser als gerade hier die deutsche Jugend die soziale Zerküftung der Vergangenheit, die letzten Reste von Klassenkampf und Standesdenken überwinden lernt. Ich sehe im Arbeitsdienst ein wichtiges Werkzeug zur Gestaltung unserer völkischen Gemeinschaft und eine Stätte der Pflege echter deutscher Kameradschaft.

## Keine Tagung der Frauenfront

Auf Anordnung des Reichsinnenministeriums ist die von Seiten der Frauenfront geplante Tagung bis auf weiteres verschoben worden.

## Verbot der Gründung neuer Frauenortsgruppen

Viele Frauenverbände, die sich in der Frauenfront gleichgeschaltet haben, haben geglaubt, sich in einem nationalsozialistischen Deutschland nun mit neuem Eifer auf die Gründung neuer Orts- und Jugendgruppen werfen zu müssen.

Das hat vielerorts zu Unstimmigkeiten mit der nationalsozialistischen Frauenschaft und der nationalsozialistischen Jugendbewegung geführt.

Da mit dem 1. August die Eingliederung der in der Frauenfront gleichgeschalteten Verbände in die dem Reichsministerium des Innern unterstellte Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenverbände beginnt, ordnet das Reichsministerium des Innern für diese Frauenverbände bis zur endgültigen Regelung an, daß die Gründung neuer Ortsgruppen und Jugendgruppen bis auf weiteres verboten ist.

## NS und konfessionelle Verbände

Der Jugendführer des Deutschen Reiches gibt bekannt: Die gleichzeitige Mitgliedschaft von Hitlerjugenden und Mitgliedern des Bundes deutscher Mädel in konfessionellen Jugendorganisationen führt zu ständigen Unzuträglichkeiten, da sich die konfessionellen Organisationen nicht auf ihren eigentlichen kirchlichen Aufgabenkreis beschränken.

Ich verbiete daher mit sofortiger Wirkung die gleichzeitige Mitgliedschaft der Mitglieder der nationalsozialistischen Jugendorganisationen. Ich behalte mir ausdrücklich vor, meine Maßnahmen abzuändern, wenn sich die konfessionellen Jugendorganisationen auf ihren eigentlichen Aufgabenkreis beschränken.

gez. Baldur von Schirach, Jugendführer des Deutschen Reiches.

## Jetzt kommt der Rügendam

Im Zuge des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit. Auch in der Grenzprovinz Pommern ist seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf der ganzen Linie eröffnet worden. Von den 140 000 pommerschen Erwerbslosen wurden schon 60 000 wieder in Arbeit und Brot gesetzt.

Heute steht die Wirtschaftsgeschichte dieser Provinz vor einer neuen entscheidenden Etappe. Zur Wiedereinteilung der restlichen 80 000 Arbeitslosen ist vom Gauleiter Staatsrat Karpenstein ein neuer Arbeitsbeschaffungsplan aufgestellt worden. Das zunächst angestrebte Ziel ist die völlige Befreiung der Insel Rügen von der Arbeitslosigkeit.

Der seit dem Jahre 1911 verschleppte Bau des Rügendamms wird in kürzester Frist eingeleitet. Der politischen Führung der Provinz ist es gelungen, die zahlreichen an dem Projekt beteiligten behördlichen Stellen zu einer schlagartigen Zusammenarbeit zu vereinen.

Der Bau des Rügendamms bedeutet für den Arbeitsmarkt 600 000 Arbeitslosentagewerte, die sich auf die